

Prophetischer Realismus

Der politische Ansatz Jesu und seine neutestamentlichen Variationen

THOMAS SÖDING

Der Apostel Paulus ist nicht der Verfälscher Jesu, sondern ein Kommunikator seiner Theologie, zeigt Thomas Söding, der an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bochum Neues Testament lehrt. Seiner Überzeugung nach wäre viel Unheil vermieden worden, hätte man die Aufforderung des Paulus, der Obrigkeit zu gehorchen, von seiner Biographie her interpretiert.

Jesus stammt vom Lande, aus Galiläa, aber er hat sich nicht gescheut, ins politische und religiöse Zentrum Israels zu gehen, nach Jerusalem. Seine Botschaft von der Gottesherrschaft ist politisch brisant, aber ein politisches Amt hat Jesus nicht angestrebt. Zwar wird er als „König der Juden“ hingERICHTET, weil man ihn als politischen Aufrührer denunziert hat, aber die Kreuzesinschrift soll nur einen Justizmord tarnen.

Und wie hat Jesus selbst zur Politik gestanden? Es gibt zwei gegenläufige Linien: Sie bauen einen Spannungsbogen auf, der für die frühe Kirche wesentlich geworden ist, aber auch starke Konflikte heraufbeschwört.

Auf der einen Seite steht die Frage, ob man dem Kaiser Steuern zahlen soll. Jesus wird mit ihr in Jerusalem konfrontiert. Die Frage ist vergiftet, weil Jesus nur die Wahl zu haben scheint, entweder als Liebediener der Römer dazustehen oder als zelotischer Rebell. Jesus tappt nicht in die Falle. Aber er trickst auch nicht. Er prägt vielmehr einen Grundsatz politischer Theologie, der zum Sprichwort geworden ist: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist“. Die Münze mit des Kaisers Aufschrift, die Jesus sich vom Fragesteller geben lässt, wird zum Zeichen. Entscheidend ist, Gott zu geben, was Gottes ist.

Gleich im Anschluss wird es bei Markus und Matthäus konkret: Das größte Gebot ist es, Gott zu lieben und den Nächsten wie sich selbst. Aber im Bereich dessen, was „Gottes ist“, gibt es auch einen Bereich dessen, „was des Kaisers ist“.

Mit diesem Sprichwort hat Jesus sich nicht für die Monarchie ausgesprochen. Der Kaiser symbolisiert nur die politische Macht, die nicht von einem Propheten oder Priester ausgeübt wird. Bei Jesus ist es der Vertreter des Imperium Romanum, das sich Galiläa und Judäa unterworfen hat. Umso bemerkenswerter ist, dass Jesus nicht die Parole einer politischen Fundamentalopposition ausgibt, sondern das Steuerzahlen durchaus toleriert, wenn nicht gar einfordert. Wer Jesus kennt, ahnt, dass er nicht einem Zwang nachgab, sondern seiner Überzeugung folgte: Politik ist nicht vom Teufel. Sie ist vielmehr notwendig, um Macht in den Dienst der Gerechtigkeit zu stellen. Sie braucht Geld, und deshalb müssen Steuern gezahlt werden.

Allerdings ist der Kaiser kein Gott. Im Gegenteil! Er ist nur ein Mensch. Wollte er Gott sein, also den Anschein erwecken, den Menschen das Leben zu schenken und sie zum Heil zu führen, muss man ihm mit demselben Wort widersprechen, das einen daran hindert, sich vor dem Steuerzahlen zu drücken. Steuerflucht ist gegen das Gebot Jesu – auch wenn das Geld ins spirituelle Ausland transferiert werden sollte.

Die Versuchung der Kirche ist, das, „was Gottes ist“, mit den eigenen Interessen zu identifizieren. Aber folgt man der Logik des Streitgesprächs, steht sie in der Nachfolge Jesu, hat also die Aufgabe, das, was Gottes ist, zur Geltung zu bringen, auch in dem, „was des Kaisers ist“. Sie muss alle Kaiser dieser Welt davor warnen, kleine oder große Götter zu werden.

Und hat sie diese Aufgabe erfüllt? Sicherlich immer wieder nicht – und wenn, dann oft genug nur durch einzelne Gestalten, die oft genug isoliert waren und doch wussten, dass sie nur handeln konnten, weil es die große Gemeinschaft des Glaubens gibt, die Jesu Verkündigung lebendig hält.

Unterscheidung von Gott und König

Auf der anderen Seite steht eine scharfe Politikerschelte Jesu. So kritisiert er politische Korruption, wie er sie besonders deutlich bei seinem „Landesvater“ Herodes Antipas beobachten konnte, dem Mörder Johannes des Täufers. Jesus nennt den Fürsten, der ihm nach dem Leben trachtet, einen „Fuchs“. Und das ist keineswegs positiv gemeint, sondern kritisch: Demaskiert wird eine Schlauheit, die amoralisch ist.

Jesus kritisiert auch mit scharfen Worten die Verfolgung um des Glaubens willen, die politisch organisiert wird und bis heute eine enorme Anzahl an Opfern gefordert hat. Er geht noch weiter und warnt seine Jünger davor, so zu werden, wie ihre Verfolger: „Ihr wisst, dass diejenigen, die als Herrscher der Völker gelten, sie unterwerfen und dass ihre Größe ihnen Gewalt antun. Aber bei euch soll es nicht so sein. Sondern wer unter euch groß sein will, sei der Diener von allen.“ Dieser prophetische Realismus ist von einer Ethik der Anerkennung und Unterstützung getragen, der wenigstens in der Kirche realisiert werden muss – als hätte Jesus bereits geahnt, wie notwendig die Warnung ist.

Beide Pole der politischen Stellungnahmen Jesu gehören zusammen. Sie erklären sich aus dem Judentum seiner Zeit, setzen aber eigene Wegmarken. Gut jüdisch ist – tief im Alten Testament verwurzelt – die Unterscheidung zwischen Gott und König. Sie wird im Mythos – zum Beispiel der ägyptischen Pharaonen – systematisch unterlaufen, in der Geschichte Israels dagegen eingeklagt. Nur Gott ist der wahre König Israels, nur er hat Anspruch auf Verehrung und umfassenden Gehorsam. Alle irdischen Herrscher hingegen müssen sich vor ihm verantworten.

Gut jüdisch ist ebenso, dass der irdische König die Gerechtigkeit fördern muss und nur dadurch seine Existenzberechtigung hat. Ein Egoismus der Macht wird deshalb aus der Logik der Politik selbst heraus kritisiert. Revolutionär aber ist, dass Jesus seine Hoffnung nicht auf einen Messias-könig setzt, der – Priester und Prophet zugleich – die Herrschaft Gottes in Form eines Gottesstaates realisiert. Jesus rechnet durchaus mit einer profanen Machtausübung. Aber sie muss sich ethisch verantworten, ohne dass sie sich metaphysisch legitimieren kann.

Genau das wird im Prozess vor Pilatus verhandelt. In allen neutestamentlichen Erzählversionen wird Jesus mit dem Vorwurf konfrontiert, nach der politischen Macht zu streben. In allen Versionen wird die Haltlosigkeit dieses Vorwurfes aber auch vom römischen Statthalter erkannt, der als Politiker zugleich Richter sein muss. Nach allen Versionen wird Jesus, obwohl unschuldig, zum Tode verurteilt. Damit ist nicht das römische Recht desavouiert, aber der römische Richter, der nach allen Versionen der neutestamentlichen Überlieferung dem Druck der Straße und dem Drängen der Priester nachgibt.

Für die Kirche hätte der Pilatusprozess lehrreich sein müssen, ist es aber viel zu selten gewesen. Die Gewaltenteilung, die erst in den modernen Staaten üblich geworden ist, kann nicht auf das Neue Testament projiziert, aber von der Jesustradition her beleuchtet werden: Sie zieht die eine Konsequenz aus der Entmythologisierung der Politik, für die Jesus seinen Kopf hingehalten hat.

Das Votum Jesu ist im Urchristentum nicht ungehört verhallt, aber auch nicht einfach nur wiederholt, sondern auf neue Situationen angewendet und variiert worden. Am wichtigsten ist die Position, die Paulus im Römerbrief bezieht. Ihr erster Satz hat Geschichte geschrieben, nicht nur gute. Bei Luther heißt er: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit,

die Gewalt über ihn hat“ (Römer 13,1). Diese Übersetzung ist ganz wörtlich, aber sie kann zu dem Gedanken verleiten, politische Macht werde als solche sanktioniert, wie brutal sie auch regiert. Bis in die Widerstandskämpfer des „Dritten Reiches“ hinein hat diese Auslegung gebohrt. Ihr Problem ist, dass „Obrigkeit“ und „Gewalt“ nur als formale Begriffe angesehen, aber nicht ethisch qualifiziert werden. Das aber ist bei Martin Luther wie bei Paulus der Fall.

Mit der „Obrigkeit“ sind nicht einfach die in der Hierarchie Höhergestellten gemeint, sondern diejenigen, die einer politischen Ordnung zum Durchbruch verhelfen, ohne die das pure Chaos herrschen würde. Und mit „Gewalt“ ist nicht die Fähigkeit gemeint, sich gegen andere durchzusetzen (wie der Jurist Carl Schmitt Souveränität definiert hat), sondern – nach Auskunft des Wörterbuchs zum Neuen Testament – die Fähigkeit, der Gerechtigkeit Gottes Geltung zu verschaffen. Und für diese Deutung spricht auch der Kontext: Denen, die politische Macht haben, gebührt insofern Gehorsam, als sie im Dienst Gottes stehen, um die Guten zu belohnen und die Bösen zu bestrafen. Deshalb fordert Paulus wie Jesus zum Steuerzahlen auf. So verstanden, ist Paulus nicht der große Verräter Jesu, sondern im Gegenteil ein Kommunikator seiner Theologie der Politik.

Die Aktualisierung des Apostels ist brisant und riskant, weil Roms Christen – schon vor Nero – von Kaiser und Magistrat nichts Gutes erfahren haben, so wie Jesus von Herodes Antipas und Pontius Pilatus nichts Gutes erwartet hat. Ein echtes Problem der paulinischen Stellungnahme besteht darin, dass er nicht anspricht, was im Falle einer ungerechten Herrschaft geschieht. Wie er selbst reagiert hat, hält aber die Apostelgeschichte fest: Paulus beugt sich nicht dem Unrecht, sondern klagt sein Recht ein. Er weigert sich, durch Bestechung Einfluss zu nehmen. Und er fordert volle Transparenz des Verfahrens.

Hätte man Römer 13 immer von der Biographie des Paulus her ausgelegt, der als politisch Verfolgter hingerichtet

Der entscheidende Beitrag des Paulus zum Verhältnis von Kirche und Politik ist die Kreuzestheologie.

wurde, wären manche Missverständnisse und Missbräuche erspart geblieben.

Der entscheidende Beitrag des Paulus, das Verhältnis zwischen Kirche und Politik zu bestimmen, ist allerdings seine Theologie des Kreuzes. Dass ein staatlich verurteilter Verbrecher der Messias sein soll, ist nicht nur ein sublimes Plädoyer gegen die Todesstrafe. Es bedeutet auch eine Umkehr der irdischen Machtverhältnisse, ein Denken von den Opfern her und die Vision einer Alternative zur Gewalt, die nicht zu einer Politik der Vergeltung und Eindämmung verdammt ist, sondern auf Solidarität und Partizipation, Sympathie und Versöhnung setzt – und auf Erden danach schreit, realisiert zu werden.

Eine ähnliche Linie wie Paulus verfolgt der Erste Petrusbrief. Wie Römer 13 mahnt er, dass sich die Gläubigen in

eine menschliche Ordnung des Politischen einordnen sollen, denn sie sind keine Sektierer. Ähnlich wie in Römer 13 lautet die Begründung: „König“ und „Statthalter“ haben die Aufgabe, die Guten zu belohnen und die Bösen zu bestrafen. Anders als Paulus erinnert der Petrusbrief aber an den „Sitz im Leben“ der Mahnung: Die Christen sind eine verfolgte Minderheit.

Aber sie sollen darauf nicht aggressiv, sondern konstruktiv reagieren, um so diejenigen, die sie mit falschen Anschuldigungen verfolgen, eines Besseren zu belehren. Es klingt wie ein Echo der jesuanischen Weisung, wenn der Autor mahnt: „Ehrt alle, liebt die Geschwister, fürchtet Gott, ehrt den Kaiser!“ Die Gottesfurcht – Goethe sprach von Ehrfurcht – ist ein Ausdruck der Gottesliebe. Und der Kaiser kann weder auf Ehrfurcht noch auf Liebe Anspruch erheben, sondern nur auf „Ehre“, auf „Respekt“ würde man heute sagen.

Dass Politiker, die das Sagen haben, nicht vergöttert, aber geachtet werden, ist im Judentum wie im Christentum weit verbreitet. Typisch ist auch die Fürbitte, die gehalten werden soll. Der Erste Timotheusbrief sagt: „für alle Menschen, für Könige und alle Vorgesetzten“. Daran knüpft die bis heute in der Liturgie geübte Praxis an, ein Gebet „für die Regierenden“ zu sprechen: nicht dass sie an der Macht bleiben, aber dass sie die Macht zum Wohle aller gebrauchen, und nicht weil sie besondere Aufmerksamkeit verlangen, sondern weil sie am stärksten gefährdet sind, korrumpiert zu werden.

Die Fürbitte ist immer angebracht, auch gegenüber Verfolgern. Aber es kann nicht die einzige Form eines politischen Gebets sein. Das zeigt im Neuen Testament die Johannesoffenbarung. Sie reagiert auf den *worst case*, dass ein Kaiser wie ein Gott verehrt wird – und dass Gläubige dabei eher mitmachen, als auf Distanz zu gehen. Dabei ist hier Widerstand geboten.

Johannes denkt nicht an einen gewaltsamen Aufstand, aber an lauten Protest. Als Prophet bringt er die Ehre Gottes zur Geltung und weist alle Übergriffe irdischer Potentaten in die Schranken. Und dabei wird auch das Gebet laut. Zum einen der Klageschrei der Verfolgten und Vergessenen: „Wie lange noch zögerst du, Herr, Heiliger und Wahrhaftiger, Gericht zu halten?“ Zum anderen das Gotteslob, das an die einzig richtige Adresse gerichtet wird: „Würdig bist du, unser Herr und Gott, die Herrlichkeit und die Ehre und die Kraft zu ergreifen, denn du hast das All erschaffen und durch deinen Willen war es und ist es erschaffen worden.“

Bei Jesus gehört beides zusammen: das politische Gebet als Ausdruck der Gottesliebe und die politische Praxis als Ausdruck der Nächstenliebe. Die Umsetzung seiner Theologie der Politik in einer modernen Demokratie ist der praktischen Intelligenz und dem reflektierten Engagement der Gläubigen überlassen. Aber die Richtung ist klar: Politisches Engagement im Sinne der Gerechtigkeit ist eine Konsequenz des Glaubens. ◀